

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Br

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurfürststraße 4/6, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 33 Pfennig, Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter legt 20 Pf. Familienanzeiger Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspr. Postfachkonto: Breslau 5852. D.

Pl. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter reichs-, Versammlungs- und Wohnungs- (4 Pf.) Anzeigen für die nächste Nummer Expedition Kurfürststraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 34, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

co beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 14. September 1932

Nr. 216

Konflikt zwischen Reichstag und Papen

Papen mißachtet den Ueberwachungsausschuß — Ueberwachungsausschuß gegen Goering Ueberwachungsausschuß wirft mit überwältigender Mehrheit Papen Verfassungsbruch vor und fordert Festsetzung des Wahltermins

Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag, der durch die Auflösung des Reichstages eingeleitet wurde, hat sich inzwischen wesentlich verschärft. Am Dienstag trat unter dem Vorsitz des Abg. Lobe der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen. Für die Reichsregierung erklärte ein Ministerialdirektor, die Reichsregierung halte das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der Montag-Sitzung des Reichstages mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstages nicht für vereinbar. Der Reichstagspräsident habe an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er die Beschlüsse des Reichstages mitteilte. Da die Regierung aus diesem Schreiben erhebe, daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstages nicht anerkenne, so lehne sie es ab, in Verhandlungen mit dem Ueberwachungsausschuß einzutreten, ehe der Reichstagspräsident dieses Schreiben nicht zurückgezogen habe.

Alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen stellen fest, daß dieses Verhalten der Reichsregierung den Bestimmungen der Reichsverfassung widerspreche. Der Ausschuß beschloß deshalb, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister zum Erscheinen vor dem Ausschuß aufzufordern. Da die Regierung trotzdem das Erscheinen ablehnte, wurde folgender sozialdemokratische Antrag angenommen:

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Artikel 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat.

Der Ausschuß stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, daß der Herr Reichstagspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhalten wird.

Der erste Teil des Antrages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der zweite Teil gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen. Der Ausschuß beschloß ferner, diese Entschlüsse durch den Reichstagspräsidenten und den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses außer der Reichsregierung auch dem Reichspräsidenten zu übermitteln.

Der zweite Teil der Verhandlungen im Ueberwachungsausschuß drehte sich um die Frage, ob die Auflösung des Reichstages zu Recht erfolgt sei und ob die Bestimmungen ordnungsgemäß vorgenommen worden sind. Auch hierbei traten lediglich die Deutschnationalen als Verteidiger der Reichsregierung auf.

Klöglich war die Haltung des Reichstagspräsidenten Goering und der Nationalsozialisten. Mehrfach erklärte Goering, daß er im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Haltung jetzt die Reichstagsauflösung als rechtmäßig anerkenne.

Der Abg. Frank II beteuerte, selbstverständlich würden die Nationalsozialisten nur im Rahmen der Verfassung handeln. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Hoegner, die Regierung habe nicht einmal den Versuch zur Zusammenarbeit mit der Volksvertretung gemacht, den Konflikt auf das machtpolitische Gebiet verhöben und dadurch Sinn und Geist der Verfassung verletzt.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten wurden folgende Anträge angenommen:

Die am 12. 9. 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstages verliert gegen Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt, wie er im Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung gefordert wird.

Die am 12. 9. 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstages verliert gegen Art. 48 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmäßige Recht des Reichstages, die Aufhebung von Notverordnungen zu verlangen, verleiht und eine Wiederholung der Auflösung dieses Recht des Reichstages dauernd beseitigen würde.

Die von dem Herrn Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vom 12. 9. 1932 proklamierte unabhängige Staatsführung be-

deutet einen verfassungswidrigen Angriff auf die verfassungsmäßige Stellung des Reichstages.

Ferner wurde beschloßen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Sicherung der Wahlreife die bestehenden Preiserhohungen aufzuheben sowie den Wahltermin für den neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Mit dieser Stellungnahme des Ueberwachungsausschusses ist der Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag nur in ein helleres Licht gerückt worden. Entschieden wird er nicht mit juristischen Gründen, sondern durch das Volk bei den Wahlen und bei dem von der Sozialdemokratie eingeleiteten Volksentscheid. Inzwischen aber wird man erwarten dürfen, daß der Reichspräsident entsprechend dem Verlangen des Ueberwachungsausschusses die Reichsregierung zu verfassungsmäßigem Verhalten anhält.

Sindenburg tanzt Göring ab

Reichstagspräsident Göring ist zurzeit juchend beschäftigt. Er muß fortwährend Briefe schreiben. Er hat nicht nur zwei Briefe an den Reichskanzler gerichtet, worin er dessen und wehmütig einen Rückzug antritt, sondern auch gleich zweimal an den Reichspräsidenten geschrieben. In dem ersten Schreiben an den Reichspräsidenten verurteilt er eine Rechtfertigung für sein Verhalten in der kritischen Reichstags-Sitzung vom Montag. Der Reichspräsident hat diesen Rechts-

fertigungsvorwurf mit einer scharfen Zurückweisung des von Göring gegen den Reichskanzler und den Reichsinnenminister erhobenen Vorwurfs des Verfassungsbruchs beantwortet. Die Fragen, mit denen sich der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung befaßt habe, wären, so betont der Reichspräsident weiter in seinem Antwortschreiben an Göring, nie entstanden, wenn der Reichstagspräsident, wie es die Verfassung vorschreibe, dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Verlesung der Auflösungsordnung erteilt oder zum mindesten sogleich nach Zustellung dieser Verordnung die Sitzung des Reichstages geschlossen hätte. „Sobald Sie, Herr Reichstagspräsident und der Ausschuß“, so schließt Hindenburgs Antwort, „diese unanfechtbare Rechtslage ausdrücklich anerkennen, wird, wie sich die Reichsregierung bereit erklärt hat, einem Erscheinen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern vor dem Ausschuß nichts mehr im Wege stehen.“

Das Schreiben des Reichspräsidenten hat Göring damit beantwortet, daß er sich nunmehr hinter den Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhängen verweigert.

Der Briefwechsel Görings findet noch eine Ergänzung durch ein Schreiben Papens an den Abgeordneten Frick, den Vorsitzenden des Ausschusses des auswärtigen Ausschusses. Darin stellt Papen ebenfalls das Verlangen, Göring solle erit einmal die Regierung als rechtmäßig anerkennend anerkennen, dann würde die Regierung einer Einladung zum Ausschuß folgen.

Für Freiheit gegen Lohnabbau

Das Ziel des Wahlkampfes

Beratung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer umfassenden und eingehenden Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die einzelnen Probleme erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Sozialdemokratischen Partei stellt.

Der Kampf soll nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrüttelung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen.

Zu diesem Zweck hat die Sozialdemokratische Partei bereits das Volksbegehren eingeleitet, durch das der sozialpolitische Teil der Notverordnung des Kabinetts von Papen vom 4. September 1932,

mit dessen Hilfe der Tarifbruch und die Lohnkürzung durchgeführt werden sollen, außer Kraft gesetzt werden soll. Zu gleicher Zeit wird die werktätige Bevölkerung aufgerufen, ihren Willen zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Unterstützung der von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingebrachten Anträge auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Banken, auf Enteignung des Großgrundbesitzes, Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, Enteignung der Fürstenvermögen usw. zu unterstützen. Die Fraktion protestierte schließlich noch aufs schärfste gegen die polizeiliche Haus-suchung in den Räumen des Reichstages in der Nacht zum 13. September, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstellt. Die Beratungen werden Mittwoch-Vormittag fortgeführt.

An der Dienstag-Sitzung der Fraktion nahmen bis auf fünf Abgeordnete, die durch Krankheit oder Teilnahme an ausländischen Konferenzen verhindert waren, sämtliche Mitglieder der Fraktion teil.

Reichsbanner zum Kampf bereit

Beschluß des Bundesvorstandes

Am Dienstag tagte in Berlin der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus den Darlegungen des Bundesführers Hülfemann und der übrigen Mitglieder ging die Entschlossenheit hervor, auch den neuen Kampf um die Sicherung der Rechte des Volkes mit aller Energie und unter Einsatz aller Kräfte zu führen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe grundlegender Beschlüsse für die nächsten Arbeiten des Reichsbanners gefaßt.

Der Bundesvorstand gedachte ferner der 31 Toten (21 Opfer politischer Gegner, 10 tödlich Verunglückte) und der anderen zahlreichen Opfer, die die vergangenen Wahlkämpfe dieses Jahres bereits aus den Reihen des Reichsbanners gefordert haben. Die Fürsorge für diese Opfer und die Kameraden, die durch harte

Urteile in die Gefängnisse gebracht sind, wird auch in Zukunft kameradschaftliche Aufgabe des Bundes sein. Zur materiellen Bewältigung dieser Ehrenpflicht wird die Mithilfe aller Republikaner eingeseht werden.

Ein Bericht über die Tätigkeit im Freiwilligen Arbeitsdienst ergab, daß das Reichsbanner zur Zeit 128 offene und geschlossene Arbeitslager unterhält.

Papen nimmt sich wichtig

In der Papen-Stunde des Rundfunks wurde am Dienstagabend die am Montag von dem Reichskanzler Herrn von Papen gehaltene Rundfunkrede nochmals von Wachsplatten über alle deutschen Sender übertragen. Wie es hieß „auf vielen Wachsen Wunsch“. In Wirklichkeit ist es dem deutschen Volke herzlich gleichgültig, was Papen zu sagen hat.

Breslauer Nachrichten

Ein aufdringlicher Verein

Kommer wieder Kirchensteuermahnungen an schon längst Ausgeschiedene

Es gehört zur allgemeinen Praxis jeder Organisation, die ausschließlichen Mitglieder nicht länger zu belästigen. Einen Verein aber gibt es doch in Deutschland, der es sich nicht vornehmen kann, auch von den ausgeschiedenen Mitgliedern weiter Beiträge einzutreiben zu wollen. Der Verein ist -- wer könnte es sich nicht denken -- die Kirche.

Der Parochialverband der evangelischen Kirchengemeinden in Breslau hat in diesen Tagen seinen Mitgliedern wieder einmal einen blauen Brief ins Haus geschickt. Das ist sein gutes Recht, wenn wer Mitglied eines Vereins ist, hat gar keine Veranlassung, sich aufzuregen, wenn sein Verein auch Beiträge von ihm verlangt. Aber der Verein hat auch wieder zahlreiche Nichtmitglieder beglückt, obwohl man annehmen sollte, daß er seine Tätigkeit am besten in Ordnung haben sollte, da ihm ja jede Veränderung seines Mitgliederstandes durch behördliche Schriftstücke zuverlässig zur Kenntnis gebracht wird.

Unter dem Steuerzeichen 35/1.556 fordert der Parochialverband der evangelischen Kirchengemeinden von einem Parteimitgliede 9,90 Mark, obgleich dieser in Besitze einer Gerichtsurkunde vom 2. April 1929 bestätigt wird, daß er seinen Austritt aus dem Verein vollzogen hat.

Sogar von einem Arbeitslosen fordert der gleiche Verein unter dem Zeichen 35/V. 7431 1,95 Mark, obgleich auch dieser bereits am 2. Dezember 1927 dem Verein den Rücken gefehrt hat. Wenn der Verein „Beitragblau“ von irgendwem einen Beitrag verlangt und der Betreffende hat mit dem Verein nichts zu tun, dann braucht er sich wegen der Forderung nicht in Unkosten zu stützen. Er zahlt einfach nicht. Wenn aber der Verein die Kirche von einem Dissidenten die Kirchensteuer verlangt, dann muß der also Belästigte Einspruch erheben, denn wenn er die auch ganz zu Unrecht von ihm geordneten Beiträge nicht bezahlt, dann erhebt der staatliche Eintreiber und muß seines Amtes walten. Der Einspruch aber kostet Briefporto oder Arbeitszeitverlust, damit man persönlich vorsteigen kann.

Es wäre deshalb zu wünschen, daß der Verein Kirche endlich seinen Mitgliederbestand etwas ordnungsmäßiger registriert und den Staatsbürgern, die mit ihm nichts zu tun haben wollen, die unbilligen Ausgaben erspart, die ihnen durch die ungerechtfertigten Kirchensteuerforderungen entstehen. Oder ist in der anzuordnenden Belästigung von ausgetretenen Kirchenmitgliedern ein bestimmtes System zu sehen, eventuelle Wankelmütige dadurch wieder der Kirche zuzuführen?

Was uns noch fehlt

Die Bürgermeister als Staatskommissare?

Es ist noch im Laufe des Monats September mit einer weiteren Bevormundung des Reichskommissars für Preußen über Reformen in der Selbstverwaltung der Gemeinden zu rechnen. Wie wir hören, dürften diese Reformen besonders in einer Beschränkung der Funktionen der Stadtverordnetenversammlung und einer Verstärkung der Aufgaben der Magistrate und der Magistratsdirigenten (Oberbürgermeister, Bürgermeister) bestehen. Insbesondere dürften die Magistratsdirigenten in allen Fällen, in denen sich die Stadtverordnetenversammlung zu einer positiven Lösung entschließen kann, das Beschlusrecht erhalten; auch ist wohl daran gedacht, in Fällen der Entscheidung um den Magistratsdirigenten zum Staatskommissar die Zwangsetatistierung zu machen. Daraus dürften sich allerdings -- so befürchten kommunale Kreise -- nicht selten Reibereien zwischen Stadtparlamenten und dem Stadtoberhaupt ergeben, die zu einer völligen Erschütterung des Vertrauens zum Stadtoberhaupt führen und neuen Konfliktstoff in die Kommunalverwaltung tragen würden.

Diese Nachricht, die wir dem Landesdienst des WTB entnehmen, geben wir hier zunächst in ihrem Wortlaut wieder. Wir werden auf diese kaum glaubliche Maßnahme noch zurückkommen, wenn wir genauere Unterlagen über eine solche geplante Verordnung haben werden. Schon heute kann gesagt werden, daß den stärksten Widerspruch unserer Fraktion hervorrufen wird.

Mit Gas vergiftet

In ihrer Wohnung im Brigittental wurde heute früh gegen 7 Uhr die 31jährige Ehefrau Johanna S. tot aufgefunden. Sie hatte den Gashahn in der Küche geöffnet. Wahrscheinlich ist die junge Frau durch eheleiche Zwistigkeiten veranlaßt worden, freiwillig ihr Leben aufzugeben.

Unfall eines Radfahrers

In der Schweidnitzer Straße wollte gestern abend der Radfahrer Gerhard P. aus der Volkshainer Straße einem Panowagen ausweichen, dessen Führer im Begriff war, umzukehren. Der Radfahrer kam dabei auf das entgegenkommende Gleis, versuchte auch, sich durch Festhalten an dem entgegenkommenden Straßenbahnzuge in Sicherheit zu bringen, doch mißlang ihm dies. Mit erheblichen Verletzungen mußte er in das Allgemeinhospital geschafft werden.

Parteigenossinnen und Genossen!

Die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen haben in der letzten Zeit Veranlassung genommen, die Frage der Betreuung und Unterstützung der in politische Prozesse verwickelten Angehörigen von Organisationen der Eisernen Front zu besprechen sowie zu erwägen, in welcher Weise für die Gefangenen und ihre Angehörigen Sorge getragen werden kann.

Für die Sozialdemokratische Partei gibt der Parteivorstand folgende Anordnung, um die Unterstützungsarbeit einheitlich zu gestalten:

Es erfolgt die Einrichtung einer Gefangenen- und Verwandtenhilfe.

Die G. u. V. übernimmt die Betreuung der politischen sozialdemokratischen Gefangenen und ihrer Angehörigen sowohl durch materielle Hilfe als auch durch Stellung eines Verteidigers, sofern nicht nach den getroffenen Vereinbarungen die Eisernen Front hierfür vorgesehen ist.

Für diese Hilfeleistungen an den in Not und Sorge geratenen braucht die Partei Geld. Aus laufenden Mitteln diese Aufgaben zu bestreiten, ist unmöglich. Stehen wir doch vor erneuten Kämpfen, deren Durchführung abermals mit bedeutenden Kosten verbunden sind.

Daher wenden wir uns heute vertrauensvoll an euch alle, uns bei der Durchführung dieses Hilfswerkes beizustehen.

Durch freiwillige Spenden an Geld, Kleidung und Lebensmitteln möge jeder, der dazu noch in der Lage ist, beitragen, die Not dort, wo sie unerbittlich wird, lindern zu helfen. Auch der kleinste Beitrag wird mit Dank entgegengenommen.

Vergeht sie nicht, die Unseren, denen durch grausame und ungerechte Urteile deutscher Gerichte Monate und Jahre aus ihrem Leben gestrichen wurden.

Lebt wie stets Solidarität.

Freiheit!

Der Parteivorstand SPD, Ortsverein Groß-Breslau.

Material- und Sachspenden können im Büro der Sozialdemokratischen Partei, Margaretenstr. 17, Zimmer Nr. 167, und in der Redaktion der „Volkswacht“ hinterlegt werden; Geldspenden auf das Postkontokonto 68, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, zur Einzahlung gelangen.

Der Kanther Blutsonntag vor dem Sondergericht

Wie wir bereits im Vorbericht mitteilten, begann heute der bisher umfangreichste Sondergerichtsprozess in Breslau. Wie schon gestern mitgeteilt, haben sich hier neun parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter wegen Landesfriedensbruches bzw. Mordanschlag, vier Nationalsozialisten wegen Waffenmißbrauches zu verantworten. Angeklagt sind: F. Blaschke-Breslau (SPD), Adolf Schmitz-Klettendorf (parteilos), J. Weich-Breslau (SPD), P. Kliner (KPD), Fr. Vangner (parteilos), W. Pawel (SPD), Anna Kuhl (parteilos), K. Schubert (KPD), sämtlich aus Kanth, sowie ein weiterer Kanther Einwohner W. Jungmann, der offenbar nur aus antisemitischer Gehässigkeit denunziert wurde, wegen schwerem und einfachem Landesfriedensbruches, die Nationalsozialisten Vater junior, S. Kraus, J. Pauser aus Kanth und K. Schubert aus Schönbach wegen -- Waffenmißbrauches.

geben diese sehr seltsame Auskünfte. Der Angeklagte Vater will seine Pistole erst auf dem Sofa gezogen haben, als der angeklagte Genosse Weich innerhalb des Arnoldischen Grundstücks auf ihn einschlug, während der Angeklagte Kann den ihm abgenommenen Revolver gefunden haben will.

Ein wesentlich anderes Bild

Der Vorgänge ergibt sich aus der Vernehmung der übrigen Angeklagten, insbesondere aus der Darstellung des schwerverletzten parteilosen Arbeiters Schmitz, der deutlich gesehen hatte, wie plötzlich aus dem Arnoldischen Grundstück geschossen wurde, wobei er einen Lungenstich erhielt. Der Kommunist Kliner kam vom Kanther Sportplatz und hörte dabei plötzlich einige Rufe und gleich darauf Schüsse fallen. Er erklärt mit Bestimmtheit, den Angeklagten Vater mit sechs Nationalsozialisten gesehen zu haben, die sämtlich mit Waffen in der Hand vor dem Hause standen und auf den Zug der Eisernen Front schossen, worauf er den Kanther Oberwachmeister Wolff alarmierte. Ebenso bezeugt der Genosse Weich, daß die Schüsse zuerst von nationalsozialistischer Seite fielen und die Nationalsozialisten auch schon vor dem Grundstück geschossen hatten, während die nationalsozialistischen Angeklagten behaupten, Waffen überhaupt nur innerhalb des Grundstücks in die Hand genommen und teilweise benutzt zu haben, um den angeblichen Angriff abzuwehren.

Die Vernehmungen dauern bei Redaktionschluss noch an. Im Laufe des heutigen Tages sollen außer den Angeklagten noch etwa 27 Zeugen vernommen werden.

Die aufreizende Butter

Krawall im Gerichtssaal

Es ist zwar grundsätzlich verboten, Gefangenen während der Verhandlung etwas zuzufüttern, denn schließlich weiß man ja niemals, was ein solches Paket alles enthält. Daß aber eine solche Liebesgabe wie ein Pfund Butter durch eine bürokratische Formel seiner Bestimmung entzogen wird, ist auch nicht gut zu heißen. Am Dienstag vormittag hatte der auf freiem Fuß befindliche Straßenhändler W. seinem Freunde K., der sich in Haft befindet, ein Pfund Butter mitgebracht. Beide sollten sich des Diebstahls schuldig gemacht haben. Doch wurde K. freigesprochen. W. zu 35 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Zeit, als sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, benützte W., um seinem Freunde ein Paket Butter zuzufüttern. Justizwachmeister Müller, der dies gesehen hatte, nahm ihm das Paket ab und legte es auf den Richterisch. K. glaubte wohl, daß er nun die ersuchte Butter nicht mehr wiedersehen würde. Er trat deshalb an den Richterisch heran und wollte die Butter in seine Tasche stecken. Mit üblicher Vorsicht versuchte Müller ihm das Paket zu entreißen. Aber so gutwillig gab es K. nicht her, sondern er wurde nun recht ärgerlich und wollte es zur Erde werfen. Bei dem Ringen aber trat das Paket den W. mit voller Wucht ins Gesicht, so daß die schöne Butter nach allen Seiten spritzte, auf Tisch und Wänden große Fettsflecke hinterließ. Ueber dieses Vorkommnis hatten sich einige Besucher des Zuhörerraumes sehr aufgeregt. Sie sprangen über die Barriere und drangen auf den allgemein unbeliebten Wachmeister Müller ein. Der Wachmeister, der sehr ins Gedränge kam, nahm den Gummihüpfel und teilte nach allen Seiten Siede aus. Erst, als andere Wachmeister dazu kamen, trat allmählich Ruhe ein doch die schöne

Butter, auf die sich K. schon so geizig hatte, war unbrauchbar geworden, und die Personen, die den Angriff auf den Justizwachmeister ausführten, werden auch noch angeklagt werden.

Bekommt die „Wilhelmsburg“ Nazi-Einquartierung?

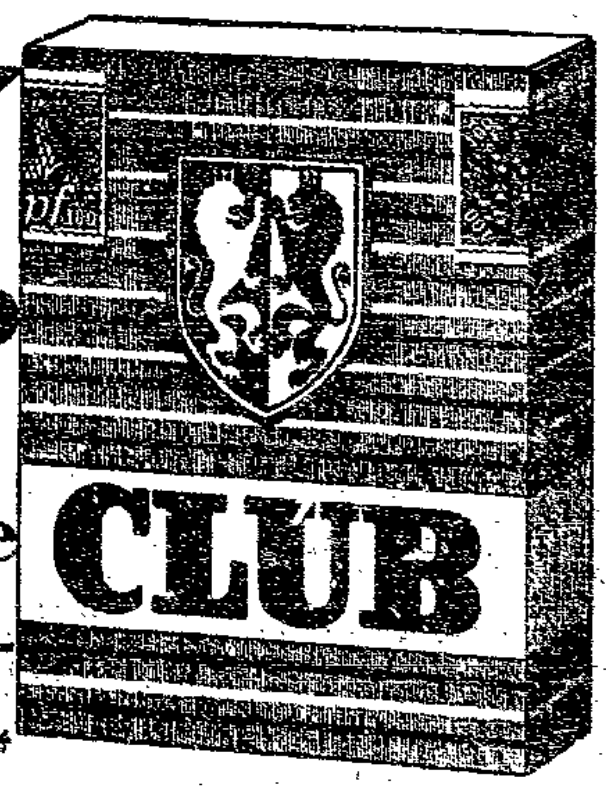
Am gestrigen Dienstag nachmittag sind aus dem Brauhausstraße, Neudorfstraße, ein großer Teil Strohhäute abtransportiert und nach der früheren Wilhelmsburg (Silesia) befördert worden. Wir fragen, was geht dort vor? Soll die Wilhelmsburg jetzt Nazi-Einquartierung erhalten?

Sturmschäden in Breslau

Durch den Sturm am vergangenen Sonntag und in der Nacht auf Montag ist in den Garten- und Promenadenanlagen der Stadt mancherlei Schaden angerichtet worden. Am stärksten machen sich die Verheerungen in den östlichen Stadtteilen bemerkbar. Hier wurden u. a. 35 Bäume teils umgebrochen, teils entwurzelt, darunter allein 6 Pappeln an der Gustav-Fregat-Straße, 4 Sophoren an der Steinstraße, 3 Pappeln am Spielplatz Gallestraße, 2 Robinien an der Klosterstraße, 6 Linden am Morgenau-Birchamer Weg, 9 Bäume im Ostpark und 4 junge Eschen an der Strehlener Chaussee. Im Scheitniger Park sind drei große Eschen umgestürzt und ein großer Cornus niedergebrosen; durch den Sturz sind 2 elektrische Lampen und eine Promenadenbank zertrümmert worden. Am Schweidnitzer Stadtgraben ist eine 15 Zentimeter starke Linde umgebrochen worden. An der Grabschener Straße wurden 3 junge Bäume herausgerissen. Im Schillergarten in Osmig wurde durch einen herabgestürzten Ast die Lichtleitung beschädigt.

echt ist der Tabak
echt sind die Bilder

Man raucht CLUB, weil sie rein macedonisch, weil sie die effektiv beste 3 1/2 Pfennig-Zigarette ist. Und echt Bromsilber-Photo sind die Bilder: „Die schönsten Frauen der Welt“



Ein Sammel-Album erhalten Sie für 75 Pf. bei jedem Zigarettenhändler oder gegen Einsendung von 150 großen bzw. 500 kleinen Gutscheinen von der Bilderstelle Lohse, Dresden A 24, Nossener Straße 1

Chance für Peters

Willy Peters hatte sein Steuermannspatent in der Tasche... er war bei diesen Zeiten kein Schiff zu kriegen. Um nicht unnütz zu sein, zog er die rot-weiße Jacke der Matrosen...

„Ihre Chance“, erklärte Karlten Kröger ihm im Kontor... Die Bank in Dar es Salaam zahlt Ihnen als Entschädigung für das hübsche Klima jeden Monat 1000 Mark aus...

Auf dem Konsulat in Dar es Salaam erwartete ihn schon ein mürrischer Mann in einem pfeifenartigen Tropenanzug; der er ihn abließ. Da der flotte Mensch keinen Pfennig auf der Hand hatte, gab Willy ihm freundlichst einen Zettel...

Schon nach einigen Monaten forderte Willy Peters doppelt soviel Ware an, wie die Urwaldbäume sonst verarbeitet, und man liehnte sich ihm dreifache Austauschgüter...

Karlten Kröger, zeitlos in Gesellschaft einer jungen Dame, wußte, daß Willy Peters ständig Briefe an eine Ingrid geschrieben hatte. Darum hatte er sie aufgefunden, mit ihr geredet und die Mutter veranlaßt, das Mädchen mitzuberufen...

Am Abend saßen sie vor dem Schlingpflanzenbehang des Waldes und tranken kühle Zitronen. „Mensch, wie haben Sie das nur alles gemacht?“ „Das war ganz einfach. Ich steckte mich hinter die Bäume...

„Ihre zwei Jahre sind um...“, meinte Kröger, „ich werde in Hamburg ein eigenes Geschäft einrichten... Sie werden jetzt gern heiraten wollen.“

„Heiraten?“ Peters lachte. „Ja, aber mit gefällig ist hier!“ „Wir auch!“ sagte Ingrid. „Ich darf dir doch helfen?“

Die romantischste Gasse der Welt

Man klettert mit etwas gemühten Gefühlen die etwa 40 Stiegen zum Hradšchin hinauf; nun wird man bald die schönste und romantischste Straße der Welt erblicken...

Gen fernem Belagerten: In jedem Hause höchstens zwei kleine Räume, mit dem Stodwerk zusammen, wo eine enge Treppe hinaufführt. Arme, sehr arme Leute wohnen darin...

Von Morgens bis Abends finden Führungen statt. Schulklassen, ganze Schulen pilgern hinauf, damit man den Kindern die Geschichte der Goldenen Gasse ins Gedächtnis prägt...

Jedes Fremden Komantidurste wird mit dieser Geschichte reichlich gestiftet. Dienst am Kunden. Für alle Bedürfnisse der Besucher wird weitgehendst gesorgt. Auch die Wahrerlagerin fehlt nicht...

Die Chinesen als Erfinder des Giftgases

In dem Bemühen, China als das Mutterland aller menschlichen Zivilisation hinzustellen, kommen die chinesischen Nationalisten auf ganz komische Einfälle. Einer ihrer Schriftsteller sucht im „China Critic“, der während des Wochenschrift der jungchinesischen Reformen, den Nachweis zu erbringen, daß die Chinesen die Erfinder der Giftgase gewesen seien...

Der Gnom

Wer eigentlich den Spitznamen „Der Gnom“ auf ihn geprägt hatte, wußte niemand zu sagen, er selbst am wenigsten. Er haßte ihn plötzlich an, vor Jahren, als er noch zur Schule ging und die Kinder spöttlich und höhrend hinter ihm herlachten: „Gnom, Gnom!“

Sein Weibchen glich in der Tat dem Bilde eines Gnomen, eines Kobolds, mit den dünnen, schlendernden Armen und Beinen, den schiefen Schultern und dem, im Verhältnis zu seinem übrigen

unentwickelten Körper, viel zu großem Kopfe. Irigendwie paßten alle seine Gliedmaßen nicht zueinander; dazu kam noch das verkniffene Gesicht und sein scheues Benehmen...

Diese durch immer wiederkehrende Spöttereien und Mißachtung hervorgerufene Zurückhaltung behielt er auch bei, als er längst die Schule verlassen hatte. Da er für andere Arbeit zu schwächlich war, ließen ihn seine Eltern Uhrmacher lernen...

Obgleich man ihn auch weiterhin mit seinem Spitznamen bezeichnen und anreden konnte — allen, die ihn kannten, war es so zur Gewohnheit geworden, ihn „Gnom“ zu nennen, daß sie sich gar nichts mehr dabei dachten: die meisten mochten seinen richtigen Namen wohl überhaupt längst vergessen haben...

Dagegen machte sich mit der Zeit eine andere Eigenschaft immer stärker bei ihm bemerkbar: die Eitelkeit. Er bestritt seine Stellung auch nach Beendigung der Lehrzeit bei und verwandte den größten Teil seines Einkommens, abgesehen vom Kostgeld, für die Anschaffung von Kleidungsstücken...

Um diese Zeit erwachte auch zuerst sein Interesse für Mädchen. Er hütete sich zwar, es allzu deutlich zu zeigen, da er fürchtete, die Mädchen würden ihn auslachen; aber er blieb doch öfters Abends beim Nachhausekommen vor dem Hause stehen und unterhielt sich mit einer oder der anderen...

Bis jener Unglückstag kam. Es war sein zehnjähriger zwanzigster Geburtstag; sie hatten in der Wohnung gefeiert, und er war hinterher noch ein bißchen auf die Straße gegangen...

Mehr im Eifer als im Ernst griff ihn der andere hinter am Kragen, hob ihn hoch, hielt ihn unter dem Gelächter der Mädchen eine Weile in der Schwebel, während er spöttisch sagte: „Menschenskind, Gnom, du kleiner Affe, was soll denn ein Mädchen mit dir anfangen?“

Der Verpöchtete rannte davon, in den Hausflur. Er hätte schreien mögen vor Wut und Verzweiflung; die ganze Bitterkeit seiner Kindheit, das Bewußtsein seiner Veruntatung war mit einem Schlag wieder lebendig geworden...

Vor der Kammer fand er eine zerbrochene Speiche. Er hob sie auf, schlich leise nach vorn, wo sie immer noch lagten, und schlug dem Nichtsahnenden Blindlings von hinten über den Kopf. Gestern hat die Gerichtsverhandlung stattgefunden...

Napoleons Fort in Ostende

Von Ostende aus pflegte Napoleon nach England zu gehen. Man sagt von Karl dem Großen, daß er, nicht viel weiter südlich, hochbetagt meermärs gestarrt habe, wo die ersten Schnabelfische taublüsterner Normannen sich zeigten...

Beim Feuerurm nordlich vom Hafen, mitten in den Dünen, liegt das alte Fort Napoleon. Aus dieser einsigen „Festung“ auf die Brüstung Englands“ haben die Ostender von 1932 ein Museum gemacht, das den Namen des Korjen trägt...

Die Ostender sind lo gekheit gewesen, statt einer bloßen Ruhmeshalle für den Eroberer ein Heimat- und Geschichtsmuseum für Ostende und Westflandern im alten Fort unterzubringen...

Fort in Laufe der Zeit immer wieder für die verschiedenen Zwecke ein wenig freigelegt worden. Im Jahre 1870 haupen hier französische Soldaten, Entkommene von Sedan, die die belgische Regierung hier internierte...

Stundert Jahre verschlafen

Dem „Volkslehrer“, dem Organ der freigewerkschaftlichen Lehrer, entnehmen wir eine interessante Mitteilung aus dem Unterrichtserlaubnischein eines Junglehrers des Jahres 1932. Es heißt in diesem amtlichen Dokument: dem Herrn ... wird auf Grund der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der dazu erlassenen Ministerialinstruktion vom 30. Dezember 1839 hierdurch widerrufflich für den Umfang des Staates Preußen auf die Zeit vom ... bis ... die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in ... erteilt ... Hanns Koefssin.

